

# STEUERPOLITIK

IN KOOPERATION MIT  POLITIKMONITORING

Steuerpolitik 2014.40 vom 26.09.2014

## → TOP-ISSUES

### ENTWÜRFE ZUM „JSTG 2015“ UND ZUR STRAFBEFREIENDEN SELBSTANZEIGE VOM KABINETT BESCHLOSSEN

Am vergangenen Mittwoch, den 24.09.2014 hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Kabinettsitzung erwartungsgemäß die Regierungsentwürfe zum „JStG 2015“ und zur Strafbefreienden Selbstanzeige beschlossen.

#### 1. Strafbefreiende Selbstanzeige

Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung zielt auf eine Verschärfung der Voraussetzungen zur strafbefreienden Selbstanzeige ab. Im Vergleich zum zugehörigen Referentenentwurf (siehe BID Steuerpolitik 2014.37) haben sich Änderungen ergeben (im Folgenden kursiv hervorgehoben). (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

#### G20-FINANZMINISTER BILLIGTEN ERSTE EMPFEHLUNGEN DER BEPS-INITIATIVE

Am vergangenen Wochenende haben sich vom 20.09. bis 21.09.2014 die G20-Finanzminister in Cairns getroffen und erste Empfehlungen der OECD zur BEPS-Initiative gebilligt (vgl. Empfehlungen der OECD in BID Steuerpolitik 2014.39). Überdies baten die G20-Finanzminister u. a. die OECD um Unterstützung bei der Entwicklung von Methoden für Entwicklungsländer hinsichtlich der Einführung des automatischen Informationsaustausches und der Adressierung von BEPS.

Hintergrund: <http://goo.gl/d7wPTM>

#### OECD VERÖFFENTLICHT ZWEI BERICHTE ZU ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Am vergangenen Montag, den 22.09.2014 hat die OECD zwei Berichte zur Verbesserung der Transparenz in Entwicklungsländern veröffentlicht. Der erste Bericht (sog. roadmap) handelt von der Umsetzung des automatischen Informationsaustausches als globaler Standard in Entwicklungsländern. Der zweite Bericht ist der bereits im Sommer angekündigte Teil 2 des Berichts zu den Auswirkungen von BEPS auf Entwicklungsländer. Er beschäftigt sich damit, wie die „Development Working Group“ der G20-Staatengemeinschaft die Entwicklungsländer im Hinblick auf BEPS (vgl. Teil 1 in BID Steuerpolitik 2014.37) unterstützen kann.

Hintergrund:

Roadmap für Teilnahme der Entwicklungsländer am automatischen Informationsaustausch: <http://goo.gl/PWg6Jv>

Teil 2 des Berichts zu den Auswirkungen von BEPS auf Entwicklungsländer: <http://goo.gl/lnsBuL>

## EDITORIAL

Liebe Leser,

die Diskussion um die strukturelle Neuordnung des Länderfinanzausgleichs hat an Dynamik gewonnen. Klare Fronten stehen sich gegenüber: Auf der einen Seite diejenigen, die wie Bundesfinanzminister Schäuble oder Bayern und Baden-Württemberg eine Steuerautonomie der Gebietskörperschaften für möglich halten oder diese sogar fordern. Auf der anderen Seite insbesondere die SPD-Bundestagsfraktion und die meisten Bundesländer, die eine Steuerautonomie entschieden ablehnen. Untrennbar verbunden mit dieser Diskussion ist die Verteilungsfrage. Allerdings sind sich hier die Länder einig – sie möchten alle etwas vom „Soli“-Kuchen abhaben.

Am vergangenen Mittwoch wurde der Entwurf zur Strafbefreienden Selbstanzeige vom Kabinett beschlossen. Die Kritik ist heftig. Und in der Tat – die Selbstanzeige ist aufgrund der verschärften Anforderungen in der Praxis nicht nutzbar und kommt einer Abschaffung gleich. Denn wer ist schon in der Lage, die Steuerklärungen der letzten zehn Jahre zu berichtigen und dafür sämtliche Belege vorzulegen? Dagegen wurden für Unternehmen einige Probleme erkannt. So soll die Anordnung einer Prüfung durch das Finanzamt eine Selbstanzeige nicht von vornherein ausschließen. Großen Unternehmen, die ständig geprüft würden, wäre sonst eine Selbstanzeige verschlossen.



Dr. Tanja Wiebe, LL.M.  
Managing Director FinTax policy advice

## PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 2 Ausgaben zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

## CONTENT

### → TOP-ISSUES ..... 1–10

### → OUTGOING ..... 11–12

vom 20.09. bis 26.09.2014

Beratung des Bundestags zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Steuergestaltung multinationaler Unternehmen für die Öffentlichkeit transparent machen – Country-by-Country Reporting einführen

u. a.

### → BFH-URTEILE ..... 13–14

vom 24.09.2014

### → BMF-SCHREIBEN ..... 15

vom 19.09. bis 25.09.2014

### → STATUS ..... 16–22

zum 26.09.2014

Regierungsentwurf: Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

Regierungsentwurf: Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

... sowie weitere Gesetze

### → UPCOMING ..... 23

vom 27.09. bis 03.10.2014

**Bundestag:** keine Sitzung, nächste Sitzungswoche 08.-12.10.2014

**Bundesrat:** keine Sitzung, nächste Sitzung 10.10.2014

**Stakeholder:** 52. Berliner Steuergespräch zum Thema „Europäisches Beihilferecht und Deutsches Steuerrecht“

## LÄNDERFINANZAUSGLEICH UND SOLI – BUND, LÄNDER UND DIE PARTEIENLANDSCHAFT FORMIEREN SICH

Da die Regelungen zum Solidaripakt II und Länderfinanzausgleich 2019 auslaufen, wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, dass Lösungen für die Zeit nach 2019 erarbeitet werden und Ergebnisse bis zur Mitte der Legislatur vorliegen sollen. So befasst sich eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit der Neuordnung der Finanzströme. Im Zuge der Arbeiten der Arbeitsgruppe hat Bundesfinanzminister Schäuble kürzlich die Diskussion um die Zukunft des Solidaritätszuschlags angestoßen (BID Steuerpolitik 2014.38). (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 7](#)

## ANTRAG DER GRÜNEN IM BUNDESTAG ZUR EINFÜHRUNG DES COUNTRY-BY-COUNTRY REPORTINGS

In einem Antrag vom 24.09.2014 fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Bundesregierung auf, Steuergestaltungen multinationaler Unternehmen für die Öffentlichkeit transparent zu machen und das Country-by-Country Reporting einzuführen. Die Thematik wurde am vergangenen Montag, den 22.09.2014 im Rahmen eines Fachgesprächs auf Einladung der Fraktion diskutiert. Zunächst werden die wesentlichen Eckpunkte des Antrags und anschließend kurz die Ergebnisse des Fachgesprächs vorgestellt. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 8](#)

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

## BFH: TEILWERTABSCHREIBUNG EINER GMBH-BETEILIGUNG BEI ÜBER MEHRERE JAHRE GEWÄHRTEN SANIERUNGSZUSCHÜSSEN

Diesen Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 10](#)

### DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

[www.fintax-pa.de](http://www.fintax-pa.de)



**BESTELLFAX AN 030. 290 21 11 4 -30**



**PROBEABONNEMENT**

**ODER FORMLOS PER MAIL AN [MAIL@BID.AG](mailto:MAIL@BID.AG)**

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für zwei Ausgaben für Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

**Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die beiden kommenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes zur Probe:**

- Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

**Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:**

- **VERKEHRSPOLITIK**
- **SICHERHEITSPOLITIK**
- .....

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

**PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE**

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter [monitoring.tagesspiegel.de](http://monitoring.tagesspiegel.de)

**REDAKTION**

Für Fragen steht Ihnen die Chefin vom Dienst zur Verfügung:

**Dr. Sandra Busch-Janser**  
[sbj@bid.ag](mailto:sbj@bid.ag), 030.290 21 11 4 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

**für Energiepolitik:**  
Moritz Hunger, [mh@bid.ag](mailto:mh@bid.ag), -20

**für Gesundheitspolitik:**  
Roberta Wendt, [rw@bid.ag](mailto:rw@bid.ag), -23

**für Netzpolitik:**  
Aylin Ünal, [au@bid.ag](mailto:au@bid.ag), -21

**für Steuerpolitik:**  
Dr. Tanja Wiebe, [tw@bid.ag](mailto:tw@bid.ag), -20

**IMPRINT**

Der Tagesspiegel  
Redaktion Berliner Informationsdienst  
Askanischer Platz 3  
10963 Berlin  
[monitoring.tagesspiegel.de](http://monitoring.tagesspiegel.de)